

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Rieser.
Zentral Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grodenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Meissen.

Postkontos: Dresden 158
Girokonto Rieser Nr. 52.

Nr. 107.

Donnerstag, 8. Mai 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugsspreis, gegen Vorauszahlung, für Monat 2 M. 50 Pf. durch Post, 2 M. 25 Pf. für die Nummer des Ausgabestages und bis 9 Uhr nachmittags aufgegeben und im voraus zu bezahlen; eine Bewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundchrifts. Seite (6 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Kettenschrifts. Seite 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Buchdruck, feste Tarife. Umwägung an der Erde. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Verkehrs der Drucker, der Verleger oder der Verlagsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Canger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Rieser.

Der Druck des Reichskabinetts auf die Regierungsbildung.

Von unserem Berliner Vertreter.

In den politischen Kreisen sieht man in dem Entschluß der Reichsregierung, solange im Amt zu bleiben, bis der neugewählte Reichstag zusammentritt, einen starken Druck auf die Deutschnationalen. Offenbar wollen die hinter der Regierung stehenden Kreise die Frage der Aufrechterhaltung der vom Kabinett Karl-Straßmann ausgeprochenen Annahme des Sachverständigenratens geklärt wissen, ehe die jetzige Reichsregierung ihren Posten verläßt. Man erklärt im Auswärtigen Amt ganz offen, daß die Fortführung der bisher eingeschlagenen Politik gegenüber den Sachverständigenvorschlägen durchzuführen werden müsse, widrigenfalls der neue Reichstag von vorneherein scheitern werde. Die diplomatischen Stellen behaupten, daß die alliierten Regierungen jedes Verhandeln mit Deutschland ablehnen würden, wenn eine neue deutsche Regierung sich auf dem Standpunkt stellen sollte, die bereits ausgesprochene Annahme der Sachverständigenvorschläge wieder rückgängig machen zu müssen. Alle bisher erfolgreich eingeschlagenen Schritte zur Durchführung der von den Sachverständigen vorgelegenen wirtschaftlichen Räumung des Ruhrgebietes würden mit einem Schlagschritt gemacht.

In den Kreisen der deutschnationalen Führer ist man auch heute noch über die Möglichkeiten einer Regierungsbildung in den Parteien des neuen Reichstages ziemlich pessimistisch gestimmt. Wenn die Mittelparteien auf ihrer Forderung beharren sollten, die Straßmann-Politik fortzusetzen, so würden die Deutschnationalen wahrscheinlich darauf verzichten müssen, sich an der Regierungsbildung zu beteiligen. Inzwischen hofft man aber, daß es gelingen werde, die übrigen Parteien für das außenpolitische Programm der Deutschnationalen zu gewinnen. Neben diesem Programm, dessen Richtlinien zur Zeit noch vertraulich gehalten werden, sind gegenwärtig in den politischen Kreisen verschiedene Gerüchte im Umlauf. Man will wissen, daß die Deutschnationalen im eigentlichen Sinne eine Abschaffung der Sachverständigenvorschläge gar nicht beabsichtigen. Vielmehr fordern die Deutschnationalen lediglich die Erfüllung einer Reihe von Forderungen seitens der Entente, ehe sie sich für die Durchführung der Sachverständigenvorschläge auszusprechen, zu denen sie eine ganze Reihe von Vorbehalten zu stellen haben. Sie scheinen sich zu bewußt zu sein, daß sich die deutschnationalen Gedanken gänge ungefähr in diesem Sinne bewegen. Dementsprechend hat Dr. Erast in einer Unterredung mit Vertretern der Presse ähnliche Auffassungen auszusprechen. Danach hegt man insbesondere in deutschnationalen Kreisen die feste Überzeugung, daß ein einseitiges Aufweichen einer neuen deutschen Regierung auch von Seiten Englands mit Empfindlichkeit begrüßt werden und die Unterstützung bei einem derartigen Ententeentscheidungen finden könnte. Gegenüber den Bornschreierregierungen Frankreichs seien starke Bemühungen von Seiten Englands und Italiens im Gange, um den französischen Einfluß auf die Reparationsfrage zurückzuführen. Es liege also zweifellos eine starke Interessengemeinschaft verschiedener europäischer Großmächte mit Deutschland vor und es werde letztes Ende darauf ankommen, daß die neue deutsche Regierung die Entschlossenheit zeigt, sich dem französischen Druck unter keinen Umständen zu unterwerfen. Die Führer der Deutschen Volkspartei sowie die des Zentrums halten gegenwärtig mit ihrem Urteil über diese deutschnationalen Gedanken gänge stark zurück. Man verweist lediglich auf die Meinungsäußerungen der maßgebenden Kreise des Auswärtigen Amtes, die mit dem deutschnationalen Programm offenbar nicht übereinstimmen. Vielmehr wird behauptet, daß eine solche Außenpolitik der Deutschnationalen im gegenwärtigen Augenblick das Vertrauen gegen Deutschland nur erhöhen und die Front der Alliierten noch fester zusammenschließen würde. Allerdings seien einzelne Richtlinien der Deutschnationalen nicht von der Hand zu weisen, aber man habe bisher unter der Regie Dr. Straßmanns bereits mit ebenso starkem Erfolg versucht, eine ähnliche Politik durchzuführen. Es stehe außer Zweifel, daß gegenwärtig die Voraussetzungen für einen Erfolg der deutschnationalen Außenpolitik nicht gegeben seien.

Die Entscheidung über die Regierungsbildung wird voraussichtlich in der kommenden Woche fallen. Wenn es den deutschnationalen Führern gelingt, die anderen Parteien für ihre Ziele zu gewinnen, so ist die Bildung einer Reichsregierung im Reich gesichert. Auf der anderen Seite versuchen die Führer der Mittelparteien noch immer die Deutschnationalen im Sinne der gegenwärtigen Außenpolitik zu beeinflussen. Dem letzten Ausschlag werden die einzelnen Reichstagsfraktionen zu geben haben, in deren Hand die Entscheidung über die Vorschläge ihrer Führer liegt.

Die ersten Schritte zur Regierungsbildung.

Berlin. Anfang der kommenden Woche werden bereits die ersten unzerbrechlichen Versprechungen mit den Führern der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und des Zentrums über die Frage der Regierungsbildung im Reich beginnen. Wie wir zuverlässig erfahren, werden die Führer der Deutschnationalen bei dieser Gelegenheit den anderen Parteien das bereits seit längerer Zeit fertig gestellte außenpolitische Programm der Deutschnationalen zur Kenntnis bringen. Die grundlegenden Einzelheiten der außenpolitischen Richtlinien der Deutschnationalen sind bisher streng geheim gehalten worden. Es verlautet, daß

dieses Programm die wichtigsten Probleme der Sachverständigen-Vorschläge, insbesondere die Frage der Reichs-eisenbahn und der wirtschaftlichen Obligationen von neuem aufrollen wird. Ob nach den Absichten der deutschnationalen Führer die bereits ausgesprochene Annahme der Sachverständigen-Vorschläge anrecht erhalten werden soll, erscheint zum mindesten sehr zweifelhaft. Die Versprechungen zwischen den Parteiführern werden seitens der Deutschnationalen von Graf Beckow und Dr. Erast gefolgt werden. Die Deutsche Volkspartei dürfte die Abgeordneten Dr. Scholz und Dr. von Kardorff zu den Versprechungen delegieren, während vom Zentrum bisher nur der Abgeordnete Stegerwald in Aussicht genommen worden ist. Die Demokraten lehnen es vorerst ab, sich an den Verhandlungen mit den Deutschnationalen zu beteiligen.

Die Einberufung des Reichstages.

Der für die Einberufung des Reichstages in der Woche genannte Termin des 22. Mai steht noch nicht bestimmt fest. Der noch amtierende Reichstagspräsident Lohbe beschrieb gestern vormittag mit dem Reichskanzler die Frage der Einberufung. Der Termin hängt noch von den technischen Möglichkeiten ab, d. h. davon, wann der Reichswahlleiter die amtliche Liste der gewählten Abgeordneten endgültig abschließen kann. Erfahrungsgemäß verziehen von den auf Reichsliste Gewählten noch manche, jedoch andere in der Liste nachstehende Kandidaten einzurufen und diese sich erst über die Annahme des Mandats erklären müssen. So nimmt der Reichstagspräsident jetzt an, daß die Einberufung des neuen Reichstages etwa zwischen dem 23. und 26. Mai erfolgen kann.

Was die Wahl des neuen Reichstagspräsidenten betrifft, so hören wir, daß die Sozialdemokratische Fraktion die bisher den Präsidenten gestellt hat, die Rechte einer anderen Fraktion, die die größte Stärke aufweisen würde, respektieren und zu deren Gunsten auf eine neue Kandidatur des Herrn Lohbe für den Präsidentenposten verzichten würde.

Die Generalkreibbewegung im deutschen Bergbau.

Berlin, 8. Mai. Die Streikbewegung im sämtlichen deutschen Bergbau hat sich nach den neuesten in Berlin einetroffenen Meldungen ungemein verstärkt. Die Forderung der Bewegung haben die kommunikativen Betriebsräte sowohl im Ruhrgebiet als auch im ober-schlesischen Bergbau vollständig in der Hand. Die Kommunisten haben den Generalkreistag für den gesamten deutschen Bergbau unter der Parole „Für die Siebenstundentage und erträgliche Lohnbedingungen“ proklamiert und sind unter Anwendung des scharfen Terrors entschlossen, sämtliche Bergbaubetriebe in Deutschland stillzulegen. Sie rechnen damit, daß es ihnen gelingen werde, die Unternehmer zum Nachgeben auf der ganzen Linie zu zwingen und hoffen damit einen großen politischen Erfolg zu erzielen.

Im Ruhrgebiet hat das Auftreten der Kommunisten schwere Folgen nach sich gezogen. Unter dem Druck der außerordentlich gespannten Lage verließen die Separatisten mit allen Mitteln auf die Bewegung Einfluss zu gewinnen. Ihre Führer machen sich an die streikenden Arbeiter heran und versuchen ihnen große Vorteile für den Fall, daß sie sich auf besondere Verhandlungen mit den französischen Behörden und der Meuse einlassen. Tatsächlich sind denn auch einzelne Bergarbeiter-Delegationen an die französischen Behördeinstellen mit ihren Wünschen herangetreten. Wie wir von unternetzter Seite erfahren, wird Reichsarbeitminister Dr. Brauns sofort eine Vermittlungsaktion einleiten und unter Umständen die befreiten Bergwerksgebiete persönlich aufsuchen.

Die Technischen Verbände zur Verriachtung von Notstandarbeiten bereit.

Chef. Die Technischen Verbände der Angestellten des Ruhrbergbaus (VfA), Gewerkschaftsbund der Angestellten, Gesamtverband Deutscher Angestellten-Gewerkschaften und Reichsverband Deutscher Bergbauangestellter geben folgende Erklärung bekannt: Das arbeitsrechtliche Verhältnis der technischen Angestellten wird durch die gegenwärtig getroffenen Maßnahmen im Ruhrbergbau nicht berührt und hieraus ergibt sich für die Mitglieder der oben genannten Verbände, daß sie etwaigen Aufrufen zur Verriachtung von Notstandarbeiten nachkommen.

Neue Intrigen der Separatisten.

Berlin, 8. Mai. In unterrichteten Kreisen wird berichtet, daß die Finanzierung des kommunistischen Streiks im Ruhrgebiet zu einem Teil durch Vermittlung separatistischer Organisationen erfolgt sei. Man berichtet aus dem besetzten Gebiet von einer erneuten lebhaften Tätigkeit des separatistischen Hauptlings Blattes und ist überzeugt davon, daß auch nach der Wahl der Separatisten eine neue lebhaftere Agitation eintreten, in der Hoffnung, daß nach einer eventuellen Räumung des Ruhrgebietes ihre Tätigkeit künftig auf das Hinterland beschränkt bleiben möchte. Es hat den Anschein, als ob mit dem neuen revolutionären Linkturn innerhalb der kommunistischen Partei die Bedenken in Wegfall gekommen sind, die von der früheren Parteileitung gegen ein Zusammengehen mit dem Separatismus geltend gemacht wurden und als ob damit gerechnet

werden möchte, daß sich beide Richtungen zur Schädlung der Industrie und Anzettelung von Unruhen gegenseitig in die Hände arbeiteten.

Verhärtung des Streiks im deutsch-oberschlesischen Industriebezirk.

Wiesbaden. Der Streik im deutsch-oberschlesischen Industriebezirk hat eine wesentliche Verhärtung erfahren. Die Betriebsräte der Metallarbeiter haben beschlossen, bis dem Streik der Bergarbeiter anschließen. Entsprechend diesem Beschluß treten darauf die Glieder der Parteien vollständig in den Streik. In den Beisehlern in Oudenburg streifen 70 Prozent der Arbeiter. Die Mitarbeiter streifen ebenfalls vollkommen. Bei der Damersmarkhöhe ist die Belegschaft sich noch nicht einig geworden, ob sie in den Streik treten soll.

Keine Gesamtpfändung im Ruhrberaub?

Die Forderungen des Ruhrgebietes legen Wert auf die Feststellung, daß sie keine Gesamtpfändung beschlossen haben, sondern nur diejenigen Arbeiter entlassen, die sich weigern, die neue Arbeitsverträge unter Lage zu verfahren. Wo genügend Leute sich dazu bereit erklären, jedoch der Betrieb aufrechterhalten werden kann, soll keine Ausperrung stattfinden, dagegen soll die diesbezügliche Befehlshaber treffen in denen die überlebende Mehrheit die neue Schicht ab-lebt. Praktisch ändert diese Stellungnahme nichts daran, daß tatsächlich eine Gesamtpfändung erfolgen wird, weil sämtliche vier Bergarbeiterorganisationen unter Ablehnung der Proklamierung des Streiks ihre Mitglieder angewiesen haben, die Schichtverlängerung zu verweigern.

Zum deutsch-russischen Konflikt.

Russische Forderungen an Deutschland. Berlin, 8. Mai. Der russische Botschafter in Berlin Kreninski hat der Reichsregierung mitgeteilt, daß die russische Regierung wegen des Vorgehens der deutschen Polizeibehörde gegen die russische Handelsvertretung in Berlin volle Genugtuung verlangen möchte. Die einzelnen Forderungen würden der deutschen Regierung noch mitgeteilt werden. Von der Erfüllung dieser Forderungen werde es abhängen, ob die russische Regierung den bereits ausgesprochenen Handelskonflikt gegen Deutschland wieder rückgängig machen werde. Wie der Berliner Briefdienst aus den Kreisen der russischen Botschaft in Berlin erfährt, fordert die russische Regierung die Freisetzung des Leiters der Berliner politischen Polizei, Oberregierungsrat D. Welk. Dieser Beamte sei für den Zwischenfall in der russischen Handelsvertretung aus beiderseitiger Verantwortung zu befreuen. Er habe nicht nur die gewaltsame Erbrechen der Schriftstücke der russischen Handelsvertretung verantwortet, sondern auch gegen hohe Beamte der russischen Botschaft eine beleidigende Haltung eingenommen.

Kreninski hat Berlin verlassen.

Berlin. Die hiesige Vertretung der russischen Telegraphen-Agentur teilt mit: Der Botschafter der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken Kreninski hat gestern um 6 Uhr abends Berlin verlassen. Er trifft heute abend im Flugzeug in Moskau ein. Der gestern abend aus London nach Berlin zurückgekehrte Leiter der Berliner Handelsvertretung der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken reist heute nach Moskau ab.

Die kommunistische Fraktion des preussischen Landtags

hat in der Angelegenheit der Durchsetzung der russischen Handelsvertretung eine große Anfrage eingebracht, in der diese Wahnnahme als große Verletzung von Verträgen und völkerrechtlichen Verpflichtungen bezeichnet und das preussische Staatsministerium gezeugt wird. Wer hat dem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Richter und dem Oberregierungsrat Weiß den Auftrag zu dieser Polizeiaktion erteilt, war der preussische Innenminister informiert und billigte er diese Polizeiaktion? Ist das Staatsministerium der Meinung, daß man den 180 Meter großen gezeichneten Vogenhard in Wittenmappen und Schriftstücken suchen möchte oder erfolgte die Durchsuchung vielmehr, um sich in den Besitz von Staatsgeheimnissen der Sowjet-Republik zu legen?

Welche kapitalistischen Kreise haben dazu angereizt, oder erfolgte diese Polizeiaktion mit der Absicht der Störung der deutsch-russischen Beziehungen im Interesse der Entente? Zum Schluß fordern die Kommunisten sofortige Einleitung einer Untersuchung, Befreiung der Schuldigen und Wahrung vollständiger Genugtuung gegenüber Sowjet-Rußlands.

Die Berliner Kommunisten zum deutsch-russischen Konflikt.

Zu dem durch die polizeiliche Durchsuchung der russischen Handelsdelegation in Berlin entstandenen Konflikt haben gestern die Berliner Kommunisten in einer Massenversammlung Stellung. Es wurde die Ablehnung eines Telegramms an die kommunistische Partei Westfalens beschlossen, in dem die deutschen Kommunisten geloben, die Frede Herausforderung durch die deutsche Bourgeoisie-Regierung nicht zu dulden, sondern ihr die gebührende Antwort zu geben.

Die Verunglückten von Bellingona.

Bellingona. Der bei dem Eisenbahnunglück von Bellingona verunglückte Kaufmann aus Bremen hat das Krankenhaus von Bellingona verlassen. Der Zustand der noch dort befindlichen verwundeten Mitglieder der Familie Borchmann aus Berlin wird als günstig bezeichnet.